



## HERMANN SCHEER

Dr.rer.pol., Dr. h.c.

Mitglied des Deutschen Bundestages

An die  
Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

### Bundeshaus

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 834

☎ (030) 227 – 76 528

✉ hermann.scheer@bundestag.de

🌐 <http://www.hermann-scheer.de>

### Wahlkreis

Bahnhofstr. 78  
71332 Waiblingen

☎ (07151) 561 777

☎ (07151) 561 566

✉ hermann.scheer@wk.bundestag.de

🌐 <http://www.hermann-scheer.de>

31. Mai 2006

### Betr: Künftige Besteuerung von Biokraftstoffe

Liebe Freunde,

in der gestrigen Verhandlungsrunde der Finanzpolitiker von SPD und Union zur umstrittenen Frage der künftigen Besteuerung von Biokraftstoffen wurde ein Ergebnis erzielt, das Reinhard Schultz öffentlich als einen nunmehr breit getragenen Kompromiss bezeichnete. Es werde „breit getragen“. Wie er zu dieser Bewertung kommt, ist mir jedoch unerfindlich, weil in keinem Gremium der SPD-Fraktion bisher darüber diskutiert wurde.

Diese Einigung ist sehr wohl umstritten, was sich auch schon in den ersten Diskussionsrunden darüber in Fraktionsgremien der Union zeigt. Zwar enthält das Ergebnis der finanzpolitischen Koalitionsberatung einige Zugeständnisse, die über das strittige „Eckpunktepapier“ des Bundeskabinetts hinausgehen. Neu vereinbart wurde, dass entgegen dem ursprünglichen Vorhaben

- für den Zeitraum 2006/07 der als Reinkraftstoff vertriebene Biodiesel mit 9 statt mit 10 Cent besteuert werden soll, und dass Pflanzenöl nicht mit 15 Cent besteuert wird, sondern zunächst steuerfrei bleibt. 2008 und 2009 soll jeweils

eine Überprüfung stattfinden, die auf deren Basis eine höhere Teilbesteuerung erfolgen könnte. **Nach 2009 soll jedoch unverändert eine Vollbesteuerung analog zum fossilen Dieselkraftstoff greifen.**

- Bioethanol bis 2015 steuerbegünstigt bleiben soll, wenn es CO<sub>2</sub>-frei produziert wird. Damit ist offenbar gemeint, dass lediglich das in der Konzernplanung von Shell vorgesehene Bioethanolherstellungsverfahren (IOGEN genannt) der Alkoholgewinnung aus Stroh steuerbegünstigt bleiben soll.

Generell wird damit faktisch an dem eigentlich umstrittenen Ziel festgehalten, einen grundlegenden Systemwechsel in der Biokraftstoffefführung hin zu einer bloßen Beimischungspflicht herbeizuführen und die Perspektive des Rein-Biokraftstoffmarktes letztlich zu verschließen. Lediglich die Zahl der befristeten Ausnahmen wird modifiziert.

Der fraktionsinterne Antrag „Zwei-Wege-Strategie zur Biokraftstoffefführung“, der von nunmehr 124 Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion unterzeichnet wurde, richtet sich jedoch genau gegen diese Einseitigkeit. Diesem Antrag geht es nicht um die Frage von ein paar Cent geringerer oder höherer Teilbesteuerung. Gegen eine solche ist nichts einzuwenden, was immer wieder betont wurde. Im Gegenteil: Der neu vereinbarte Verzicht auf jegliche Besteuerung von reinem Pflanzenöl bis Ende 2007 geht meines Erachtens sogar zu weit, weil es genügen würde, für diese die gleiche Teilbesteuerung wie bei Biodiesel einzuführen.

**Die gegenüber dem „Eckpunktepapier“ großzügigere befristete Behandlung von Biodiesel und Pflanzenöl bleibt jedoch eine Auslaufprämie. Wenn ab 2010 die Vollbesteuerung greifen soll, wird dieser Bereich endgültig dem Abnehmeroligopol der Mineralölkonzerne ausgeliefert, so dass er seine davon unabhängigen Perspektiven definitiv verliert.** Es ist immerhin der Bereich, der

gegenwärtig den Biokraftstoffsektor nahezu alleine stellt und von dem etwa 50.000 Erwerbsarbeitsplätze abhängig sind – und derjenige, in dem mittelständische Unternehmen auf regionaler Ebene die größte unabhängige Entfaltungschance haben. Die offiziell angegebene Begründung – nämlich die Haushaltskonsolidierung angesichts von 1,2 Mrd. Euro Steuerausfällen aufgrund der Steuerbefreiungen – ist nicht stichhaltig.

**Unverändert wird der Tatbestand ignoriert, dass es durch die Steuerbegünstigung der Biokraftstoffe auch Einnahmesteigerungen gibt.** So hat das Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München (Ifo) aktuell folgende der Wertschöpfungskette Biodiesel zuzurechnenden Veränderungen der Staatsfinanzen errechnet: Dem Steuerausfall von 787 Mio. Euro stehen Einnahmen von 898 Mio. gegenüber (113 % des Steuerausfalls), die sich aufschlüsseln in 357 Mio. Staatseinnahmen aus Steuern, 165 Mio. für die Sozialversicherung, 236 Mio. Einsparung bei der Arbeitslosenunterstützung und 140 Mio. Einsparung bei der Getreideintervention. Wieviel davon noch übrig bleibt, wenn der Reinbiokraftstoffmarkt entfällt, kann gegenwärtig niemand sagen. Dies wird davon abhängig sein, in welchem Umfang und wie schnell die erwartbaren Steigerungen des Imports durch das dann ausschließlichen Abnehmermonopols der Mineralölkonzerne wachsen.

Der heutige von diesen unabhängige Biokraftsektor stützt sich – entgegen anders lautenden Behauptungen - hauptsächlich auf heimische Produktion und ist einer der wenigen, der zur Belebung der Binnenkonjunktur beigetragen hat: Im Jahr 2005 wurden 2,1 Mio. t Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff in Deutschland verbraucht, wovon 24 % Import wurden. Käme es ab 2010 zur Vollbesteuerung dieser Biokraftstoffsparte, ist sogar mit erheblichen bisher nicht diskutierten Steuerausfällen zu rechnen. Zahlreiche Speditionsunternehmen, die auf die steuerbegünstigten Biokraftstoffe umgestiegen sind, werden dann ihre Betankung wieder außerhalb

unserer Grenzen vornehmen, was erhebliche Mindereinnahmen bei der Mehrwertsteuer hervorrufen wird.

**Es geht also nach wie vor darum, den scheinweisen Systemwechsel zu einer bloßen Beimischungspflicht nicht zu realisieren.** Die Begründung in dem heute zugeleiteten Brief von Reinhard Schultz ist fadenscheinig und stellt alle Erfahrungen mit Monopolunternehmen auf den Kopf. Sie lautet: „Ein zweigleisiges Fördersystem aus Beimischungszwang und steuerlicher Förderung würde zu einer Preisexplosion für alle Kraftstoffe führen. Denn der Preis für Biokraftstoffe innerhalb der Beimischungsquote würde nicht am Markt auf Grund von tatsächlichen Kosten gefunden, sondern durch den subventionierten Preis außerhalb der Quote bestimmt.“ Wer das behauptet, nimmt offenbar die abenteuerlichen Preiserhöhungen der Mineralölkonzerne nicht zur Kenntnis, die diese – weit über die Preisentwicklung der Rohölpreise hinaus – permanent vornehmen. Deren Preise sind alles andere als kostengerecht, wie ihre exorbitant steigenden Gewinne trotz steigender Rohölpreise täglich zeigen. Dass Monopole die Preise senken würden, wäre ein Novum in der Wirtschaftsgeschichte. In der Regel erhöhen sie unkontrolliert ihre Verkaufspreise zu Lasten der Verbraucher und senken sie die Einkaufspreise zu Lasten der Zulieferer bis zu deren Schmerzgrenze oder darüber hinaus.

Bei der anstehenden Frage geht es nicht zuletzt um unser Bild der künftigen Wirtschaftsentwicklung. Nehmen wir nur Großunternehmen ernst oder setzen wir tatsächlich auf den Mittelstand? Setzen wir für die künftige Energieversorgung auf die angestammten Energiekonzerne oder auf dezentrale Strukturen, die uns unabhängiger, vielfältiger und flexibler machen? Und ergreifen wir endlich einmal die Chance zu einer dauerhaften Belebung der Binnenkonjunktur oder geben wir sie wieder aus der Hand?


Nur scheinbar geht es bei den Biokraftstoffen um etwas Kleines. Die strategische Fixierung auf die Beimischungspflicht, bei der der Reinkraftstoffmarkt früher oder

später zum Auslaufmodell wird, **könnte sich als ebenso schwerwiegende Fehlentscheidung erweisen wie das alte Energiewirtschaftsgesetz, das zur Monopolisierung des Stromsektors führte.** Sind diese erst einmal etabliert, haben sie alles in der Hand.

Mein Vorschlag ist, dass die jetzt vereinbarten Steuermodifizierungen, die für die Haushalte 2006/2007 relevant sind, so wie vereinbart beschossen werden. **Für alle darüber hinausgehenden Entscheidungen gibt es keinen Grund zur Eile.**

Schritte, die erst ab 2010 greifen sollen, sollten jetzt nicht übers Knie gebrochen werden. Immerhin geht es um nicht weniger als um eine adäquate „Weg vom Öl“- und eine strukturelle Wirtschafts- und Umweltstrategie. Diese zu treffen, ohne dass je dazu eine breite Erörterung in der Fraktion stattgefunden hat, hat uns noch nie gut getan. Was haben die Fraktion und die Partei davon, eine Entscheidung zu fällen, die ganz offensichtlich von sehr vielen nicht getragen und deshalb öffentlich auch kaum vertreten werden wird?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Klaus Fichtner', written in a cursive style.